

Aus Bund und Ländern

Herzchirurgie: Lange Wartezeiten

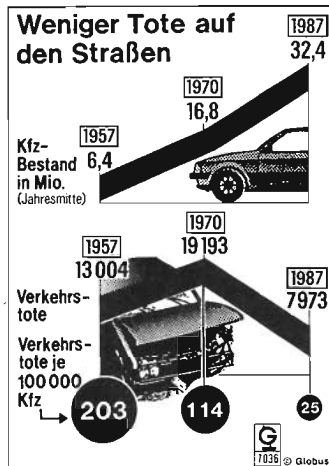
BAD NAUHEIM. Rund 8000 Patienten, die eigentlich bereits 1987 eine Herzoperation benötigt hätten, stehen zur Zeit auf den Wartelisten eines der insgesamt 34 bundesdeutschen Herzzentren. Dies teilte die Deutsche Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie mit. 1987 wurden 29 017 Herzoperationen mit Hilfe der Herz-Lungen-Maschine vorgenommen. Dies entspricht einer Steigerung von rund 11 Prozent im Vergleich zu 1986. Der tatsächliche Bedarf liegt aber wesentlich höher: Jährlich müssen in der Bundesrepublik Deutschland rund 38 000 Patienten am offenen Herzen operiert werden. Zur Zeit werden aber nur etwa 400 Eingriffe je eine Million Einwohner vorgenommen, der tatsächliche Bedarf liegt bei 600 Operationen je eine Million Einwohner.

Die 34 Herzzentren halten Kapazitäten vor, um jährlich rund 35 000 Operationen vorzunehmen. Unterschiedlich ist auch die Versorgungssituation von Bundesland zu Bundesland: Am besten sieht es noch in Bayern aus, wo es sechs Herzzentren gibt, die insgesamt etwa 611 Herzoperationen je eine Million Einwohner vornehmen. In Niedersachsen dagegen besteht eine unterdurchschnittliche Operationsfrequenz von 294 Herzoperationen je eine Million Einwohner. HC

RCDS: Zahl der Studienplätze nach Nachfrage regeln

BONN. Im Zusammenhang mit dem Entwurf zum Gesundheitsreformgesetz hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten die Aufforderung Bundesarbeitsministers Blüms an die Bundesländer zur Begrenzung der Zahl der Studienplätze in der

Medizin scharf kritisiert. Blüm habe zwar recht mit der Prognose, daß in den nächsten Jahren zu viele Ärzte die Hochschulen verlassen werden. Der Zugang zum Medizinstudium sei jedoch durch den Numerus clausus stark beschränkt. Ein freies Bildungswesen setze aber voraus, „daß sich die Zahl der Studienplätze an der Nachfrage durch die Studierwilligen“ orientiere. Der Bundesarbeitsminister solle den Wettbewerb unter den Ärzten fördern. Mehr Freiheit auf dem Arbeitsmarkt für Ärzte werde die Studienneigung im Fach Medizin „positiv beeinflussen“ und gleichzeitig kostensenkend wirken. Deshalb, so der RCDS, müßten sich alle approbierten Ärzte niederlassen dürfen und die Krankenkassenzulassung erhalten; ferner solle die Bildung von Gemeinschaftspraxen bei jungen Ärzten gefördert werden. WZ



Zum ersten Male seit Bestehen der Unfallstatistik (1953) wurden im Jahre 1987 im Straßenverkehr weniger als 8000 Unfalldinge gezählt. Gegenüber dem „Rekordjahr“ 1970 hat sich die Zahl auf nur 40 Prozent der damaligen 19 200 Unfalldinge verringert. Bezogen auf je 100 000 Kraftfahrzeuge haben Gurtpflicht, neue Sicherheitstechnik am Auto und auch das Verhalten der Verkehrsteilnehmer aber einen noch größeren Rückgang gebracht: Die so berechnete Unfallrate reduzierte sich fast um 80 Prozent

Eine Spenderdatei für Knochenmark- Transplantationen

STUTTGART. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Knochenmarktransplantation und der Deutschen Gesellschaft für Bluttransfusionsmedizin und Immunhämatologie hat Sozialministerin Barbara Schäfer ein Konzept für den Aufbau einer Spenderdatei für die Knochenmarktransplantation von Fremdspendern vorgelegt. Frau Schäfer wies darauf hin, daß weltweit bisher erst 150mal Knochenmark von

nichtverwandten Spendern transplantiert worden ist. Es sei also dringend notwendig, diese Möglichkeit der Behandlung von Leukämiekranke weiter zu erforschen, wobei die Ermittlung der notwendigen Gewebeverträglichkeit einen hohen technischen Aufwand erfordert. Die Datei, an deren Erstellung mehrere Laboratorien und Knochenmarktransplantationszentren zusammenarbeiten sollen, soll zunächst nur die Daten von 10 000 Spendern aufnehmen. Die Bundesregierung ist gebeten worden, die auf fünf Millionen DM veranschlagten Kosten zu übernehmen. EB

Spekulationen über Festbeträge

NEHEIM-HÜSTEN. Widersprechende Prognosen über die Auswirkungen der Festbetragsregelung auf einen Teilsektor des Pharmamarktes werden zur Zeit öffentlich gehandelt. Während das Bundesarbeitsministerium als Gesamtparziel im Pharmabereich (einschließlich Apothekensektor) 3,8 Milliarden DM anpeilt, geht die Finanzierungsrechnung des BMA zum Entwurf eines „Gesundheitsreformgesetzes“ von einer Einsparsumme von 800 bis 950 Millionen DM allein durch die Festbetragsregelung aus.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie prognostiziert, daß die Pharmaindustrie bis zu maximal 2,4 Milliarden DM Umsatzeinbußen hinnehmen müsse (1992). Über die Auswirkungen auf das Preisniveau wird ebenfalls kontrovers spekuliert. Gesundheitsökonom prognostizieren, daß sich die Preise von Originalpräparaten tendenziell auf das Festbetragsniveau ermäßigen (bis zu 40 Prozent). Viele Generikapreise, die unter dem Festbetragsniveau liegen, könnten aber ebenso angehoben werden, so daß das Preisniveau insgesamt kaum spürbar

sinken würde. Andere prognostizieren, daß neu in den Pharmamarkt eintretende Generika-Hersteller unter dem Festbetragslevel anbieten werden, um so einen Markteintritts- und Verdrängungswettbewerb zu entfachen. Fünfzig bis einhundert Nachahmer sind allein ab 1989 zu erwarten, wenn das Markenpräparat Tagamed® patentschutzfrei wird. HC

Homöopathika fallen unter das Gebot der Wirtschaftlichkeit

BONN. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, hat im Bundestag die Vermutung zurückgewiesen, daß der größte Teil der Phytopharmaka durch das Gesundheitsreformgesetz von der Erstattungspflicht der Krankenkassen ausgeschlossen werden solle. Allerdings, erklärte Vogt, könnten Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen auch nicht vom Wirtschaftlichkeitsgebot in der kassenärztlichen Versorgung ausgeschlossen werden. Vogt nannte in diesem Zusammenhang insbesondere Phytotherapeutika, Homöopathika und Arzneimittel der antroposophischen Medizin. EB